

WIDERWÖRTE

Im Unklaren

VON PETER FRÖHLICH

In Zukunft werden Studienanfänger kein Diplom- oder Magisterstudium mehr beginnen können: keine Diplom-Ingenieure, keine Diplom-Chemiker, keine Diplom-Soziologen, keine Diplom-Betriebswirte, auch keine Magister der Kunstgeschichte mehr. Der erste Hochschulabschluss wird grundsätzlich der „Bachelor“ sein. Die EU-Staaten haben den „Bologna-Prozess“ zur Vereinheitlichung der Hochschulstrukturen und -abschlüsse verbindlich beschlossen, und in Deutschland beginnt die heiße Phase der flächendeckenden Umsetzung.

Erst in einigen Jahren werden die „Abnehmer“ der Hochschulabsolventen diesen Paradigmenwechsel zu spüren bekommen. Viele Umfragen zeigen, dass die Wirtschaft – vor allem die Personal- und Fachverantwortlichen – sich nicht über die massiven Auswirkungen der neuen Studienstrukturen im Klaren sind.

Es muss mit dem Mythos aufgeräumt werden, dass Bachelor- und Masterstudiengänge weltweit vergleichbare und anerkannte Standards garantieren. Heute kann ein Personalchef oder Abteilungsleiter die Qualifikation eines Bewerbers an Hand des deutschen FH- oder Uni-Diploms relativ sicher beurteilen.

Betrachtet man aber das Spektrum der technischen Bachelorabschlüsse in den USA oder in Großbritannien, so gibt es dort Unterschiede, wie sie in Deutschland unbekannt sind. Ein US-Bachelor kann in drei, in vier oder in fünf Jahren erworben werden. Das wissenschaftliche und berufsbefähigende Niveau reicht vom Techniker- bis zum Universitätsstandard. Nimmt man die Bachelorabschlüsse anderer Nationen, etwa aus Ostasien oder Afrika hinzu, so kommt man zu gewaltigen Qualitätsunterschieden. Für die Masterstudiengänge gilt Entsprechendes.

Besonders problematisch wird die Sache für die Fachhochschulen, an denen zwei Drittel der Ingenieurinnen und Ingenieure ausgebildet werden. Der von der Industrie hochgeschätzte



Peter Fröhlich, Professor für Maschinenbau (FH Wiesbaden).

Praxisbezug wird vor allem durch Praktika, Projektarbeiten, berufspraktische Semester (BPS) und die Diplomarbeit begründet. Im BPS verbringt der Studierende ein Semester im Unternehmen, und in der Diplomarbeit werden fast ausschließlich industriennahe Problemstellungen bearbeitet. Dabei erlangen die Studenten berufsrelevante Kenntnisse und Fertigkeiten. Der „Praxischock“ bleibt aus.

Die Regelstudienzeit eines Diplom-Ingenieurstudiums liegt zwischen acht und zehn Semestern. Aktuell geht der Trend aus kurzfristigen Kostenüberlegungen zu einem sechssemestrigen Bachelorstudium, und das kann nur auf Kosten des Praxisbezugs und damit der Berufsfähigkeit gehen. Die Absolventen werden dann nicht mehr als „fertige“ Ingenieure in die Betriebe eintreten, sondern als „Lehrlinge“. Genau das passiert in den angelsächsischen Staaten: Einem Bachelor wird ein „Senior Engineer“ zur Seite gestellt, der zeigen muss, was „Sache“ ist. Erst nach einigen Jahren in der Praxis kann der Junge zum „Chartered Engineer“ avancieren und damit als vollgültiger Ingenieur arbeiten.

Die Vorteile eines gestuften Bachelor-/Mastersystems (größere internationale Akzeptanz der Abschlüsse, mehr Transparenz und Flexibilität des Studiums) müssen erreicht werden, ohne die hervorragende Berufsfähigkeit unserer Ingenieurabsolventen aufzugeben. Für die Ingenieurstudiengänge erfordert das zumindest ein siebensemestriges Bachelorstudium.

Die direkt Betroffenen aus der Industrie müssen sich jetzt einmischen.



Der Auftakt zur Ära der Hochschulreformen: Studenten protestierten im November 1967 gegen das Rektorat an der Universität Hamburg.

Unheilige Allianzen

Gerd Köhler blickt auf mehr als drei Jahrzehnte Hochschulpolitik „wider die herrschende Lehre“ zurück

Frankfurter Rundschau: In den 35 Jahren, in denen Sie in der Hochschulpolitik aktiv sind, hat sich vieles verändert. 1973 forderten Sie auf einem Gewerkschaftskongress zur Studienreform die Beseitigung des sozialen Numerus Clausus und die Öffnung der Hochschulen für die Kinder der Arbeiterklasse. Und es sei von elementarer Bedeutung, hieß es damals, „ob Studenten zu elitärem Ständedenken, zu nützlichen Verwertungsagenten des Kapitals erzogen werden“, oder ob sie sich „solidarisch an die Seite der Arbeiterbewegung stellen“. Heute setzen Sie und die GEW andere Akzente...

Gerd Köhler: Als ich Ende der sechziger Jahre im historischen Seminar der Universität Göttingen saß, hörte Geschichte bei der Regierung des Fürsten Lwow auf. Es gab weder die russische Revolution noch die Weimarer Republik oder den Faschismus im Lehrangebot. Wir wollten zeigen, dass andere, wirtschaftliche und soziale Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Unsere Forderung hieß: kritische Auseinandersetzung mit den Wissenschaften. Damals haben wir das so ausgedrückt. Ob die Vokabeln falsch waren, weiß ich nicht. Die Fragestellungen sind jedenfalls geblieben, auch wenn sie angepasst und verkürzt diskutiert werden.

Mit den Zugangschancen von Arbeiterkindern scheint es noch nicht viel besser zu stehen...

Da bin ich vorsichtiger. Ich habe zu einer Zeit studiert, als es bei uns weniger als 500.000 Studierende gab. Heute sind es zwei Millionen. Es hat eine soziale Öffnung der Hochschulen gegeben, wenn auch nicht in allen Schichten gleichermaßen. Da ist sicher noch viel zu tun. Die Hochschulen müssen weiter geöffnet werden. 35 Prozent eines Altersjahrgangs gehen in die Hochschulen, in anderen Ländern sind es fast doppelt so viele. Wir brauchen mehr Studierende, vor allem mit Blick auf die demografische Entwicklung.

Sie argumentieren standortpolitisch. Damals war die Forderung nach Öffnung des Hochschulzugangs eine gesellschaftspolitische Forderung nach Demokratisierung. Wir haben sehr früh versucht, beides miteinander zu verbinden. Wir haben uns ja schon Ende der sechziger Jahre mit der Frage der späteren Berufspraxis auseinandergesetzt. 1973 haben wir uns auf dem Kongress „Was wird aus der Studienreform?“ mit dem Studieninhalt und sowohl unter dem individuellen Gesichtspunkt beschäftigt – ich will etwas anderes lernen, mich in der Gesellschaft bewegen können, die Dinge besser verstehen – als auch unter dem Ge-

sichtspunkt, dass ein Studium wissenschaftliche Berufsausbildung ist. Wir haben dann im „Verein zur Förderung der Studienreform“ versucht, gewerkschaftliche Positionen zu entwickeln, die wir der herrschenden Lehre entgegengesetzt haben. Damals schrieb die Deutsche Universitätszeitung „Zu viel Rot im Reagenzglas“, bloß weil wir gefordert hatten, ökologische Fragestellungen im Chemiestudium zu behandeln. 20 Jahre später veröffentlichte der damalige Chemierieser Hoechst eine ganzseitige Anzeige in der FAZ unter der Überschrift „Ökologisch rechnet sich nur, was sich ökologisch vertreten lässt“. Ein Management, das 20 Jahre braucht, um zu dieser Einsicht zu kommen, ist kein Standortvorteil.

Alt-Linke fordern die kritische Funktion von Wissenschaft ein, stehen der von Ihnen begrüßten Ausbildung in Bachelor- und Masterstudiengängen ablehnend gegenüber. Und finden sich so wieder an der Seite von professoralen Ständesvertretern. Die „Altlinken“, wie Sie sagen, sind in einer Verteidigungshaltung. Sie wissen nicht, wohin es mit der Studienreform gehen könnte



Pflichtlektüre in den 70er Jahren.

und wie demokratische Alternativen aussehen könnten. Weil sie wenig darüber nachgedacht haben, wie man auf diese Prozesse Einfluss nehmen kann, kommt es zu diesen unheiligen Allianzen zwischen Altlinken und Konservativen. Das macht die Position derer, die mehr mittig oder halblinks versuchen, Entwicklungen voranzutreiben, so schwer. Wir beteiligen uns als Gewerkschaft-

DER ERFAHRENE HOCHSCHULEXPORTE

Gerd Köhler (60) findet, die Hochschulen füllten oft ihre kritische Rolle zwischen Arbeitsmarkt und Gesellschaft nicht aus. Köhler leitet seit 1980 den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Damit ist er das dienstälteste Vorstandsmitglied in der Bildungsgewerkschaft (GEW). Köhler hat Geschichte, Politik und Pädagogik studiert. Danach befasste er sich zunächst als Vorstandsmitglied in der Vereini-



BILD: PRIVAT

gung deutscher Studentenschaften (vds), dann von 1973 bis 1980 als Referent im Vorstand der GEW mit Hochschulpolitik, besonders mit der Studienreform. Seit vielen Jahren nimmt er an den Plenarversammlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) teil – einst als Mitarbeiter des Deutschen Bildungsrats, dann als Verbandsvertreter. Köhler ist eines von 17 Mitgliedern des von der Kultusministerkonferenz eingerichteten Akkreditierungsrats. Dieser begutachtet und lässt Agenturen zu, die ihrerseits wiederum Bachelor/Master-Studiengänge überprüfen, anerkennen und zertifizieren. kh

ter an der Diskussion um Bachelor und Master und um Akkreditierung, um dazu beizutragen, dass die Studierenden etwas anfangen können mit dem, was sie an der Hochschule lernen. Es muss die Auseinandersetzung zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt einerseits und zwischen Hochschule und gesellschaftlichen Entwicklungen andererseits geben. Sonst verliert die Hochschule ihre aktive und kritische Rolle, und das ist heute leider in vielen Bereichen der Fall. Die Hochschulen sind nicht „Agents of Change“, wie die Amerikaner sagen.

Im Zuge des Bologna-Prozesses werden Kurzstudiengänge eingeführt und die Praxisorientierung ist vorrangig an der Unternehmer-Nachfrage orientiert. Ist das nicht ein Schlag ins Gesicht der Studienreformer von damals? Ich habe in meiner hochschulpolitischen Laufbahn drei solcher Versuche erlebt, die Studienstruktur neu zu ordnen. Mitte der siebziger Jahre hat der Wissenschaftsrat mit Papieren zur Differenzierung des Studienangebots Kurzstudiengänge einführen wollen. Dann gab es im Verlauf der achtziger Jahre wieder so etwas. Und jetzt mit Bologna wird es durchgesetzt. Gewerkschaften und Studierende sagen es heute so deutlich wie damals: Wir wollen keine neuen Hierarchien, keine neuen Abschottungen oder Segmentierungen im Ausbildungsreich haben. Das führt in die Irre, so wie es in unserem dreigliedrigen Schulsystem auch der Fall ist. Die Studenten sollen selbst entscheiden können, wann sie genug gelernt haben, um sich auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zurecht finden zu können. Wenn sie die entsprechenden Leistungen vorweisen, den Bachelor zum Beispiel, dann sollen sie auch bis zum Master

weiter studieren können. Wir wehren uns dagegen, damals wie heute, dass zwei Drittel der Bachelor-Absolventen vor die Tür gesetzt werden und nur ein Drittel die Chance einer besseren Ausbildung zum Master bekommen soll. Das ist für die Individuen wie für den Arbeitsmarkt fürchtbar und passt nicht zur Wissensgesellschaft.

Machen Sie eine Gewinn- und Verlustrechnung: Welche besonderen Erfolge und Misserfolge bilanzieren Sie seit 1970?

Wenn man vergleicht, welche Rolle die GEW in den siebziger Jahren in der Hochschulpolitik gespielt hat und welche sie heute spielt, dann denke ich, ist sie in der hochschul- und forschungspolitischen Auseinandersetzung viel akzeptierter. Beim Hochschulzugang, in der Studienreform, bei der Einführung von Globalhaushalten, beim kritischen Wissenschaftsbezug, der Genderpolitik im Hochschulbereich – in all diesen Fragen haben wir Akzente setzen können. Und heute schadet es niemandem mehr, sich als Gewerkschafter in der Hochschule erkennen zu lassen. In den siebziger Jahren galt man als GEWler noch in gewissen Krisen der scientific community als untragbar.

Und was war der Preis für diese Akzeptanz? Anpassung?

Wenn man sich auf bestimmte Verhältnisse einlässt, um sie auch verändern zu wollen, dann kann man sich nicht so gerieren, als ob man ständig nur von außen hineinsieht. Das war meine Position schon in den siebziger Jahren. Wir sind heute Teile dieses Systems, ich denke aber, dass wir deutlich machen konnten, dass Eigenständigkeit und Erkennbarkeit möglich sind, ohne sich zu verkaufen.

Interview: Karl-Heinz Heinemann

HINTERGRUND

Jedes Tempo ist recht

VON BRIGITTE SCHUMANN

Für Lehrerinnen und Lehrer ist es schwieriger Alltag: Unterricht in leistungsgemischten Gruppen. Wie können sie eher auf Einzelne und deren jeweiligen Lerntempo eingehen? Das Projekt „EU-Mail“ soll Antworten geben. Mit 300.000 Euro unterstützt die Europäische Kommission im Rahmen des Comenius-Programms das auf drei Jahre angelegte Schulentwicklungsprojekt „zur Förderung individualisierender Lern- und Unterrichtsformen in heterogenen Gruppen“. An „European Mixed Ability and Individualized Learning“ (kurz „EU-Mail“) beteiligen sich Schulen und Lehrerausbildungsinstitute aus Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden.

Bildungspolitisches Gewicht

Sie wollen sich gegenseitig über die Unterrichtspraxis informieren und Bausteine für die Ausbildung und Fortbildung von Lehrern entwickeln und erproben. Das Projekt wird koordiniert vom Forum Eltern und Schule, einer Einrichtung des Landesverbands der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) in Nordrhein-Westfalen. Neben vier Gesamtschulen aus diesem Bundesland sind auch die Studienseminare

Düsseldorf und Essen, die Fern- Uni Hagen sowie das Institut für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund beteiligt. Besonderes bildungspolitisches Gewicht in Deutschland erhält das Projekt, weil auch die Bezirksregierung Düsseldorf mitarbeitet. Die zuständige Gesamtschuldezernentin Heidi Schäfers meint dazu: „Unser Schulsystem, die weit verbreitete Vorstellung von Begabung und eine einseitige auf das Fachstudium ausgerichtete Lehrerbildung führen leider immer noch und immer wieder dazu, dass viele Lehrerinnen und Lehrer glauben, ihre Schülerinnen und Schüler in leistungshomogenen Gruppen am besten fördern zu können. Genau das möchten wir ändern.“

Dass der Pisa-Sieger Finnland mit seiner exzellenten Lehrerausbildung sich an dem Projekt beteiligt, mag verwundern. Jorma Ojala, Leiter des Lehrerausbildungsinstituts an der renommierten Universität Jyväskylä, verweist allerdings auf Schwächen im pädagogischen Umgang mit Unterschiedlichkeit an finnischen Gesamtschulen; ungleiche Bildungschancen für Jungen und Mädchen, unzureichende Förderung der Migrantinnen.

Englische Interessen Die englischen Partner beschäftigen die Frage, wie man die strenge und ihrer Ansicht nach für untere Leistungsgruppen schädliche Fachleistungsdifferenzierung an englischen Gesamtschulen überwinden oder wenigstens lockern kann. Die Folgen der Notengebung: geringere Selbstachtung und große Verhaltensprobleme der Schüler. Die Lehrer erwarteten wenig von ihnen – und sie zahlten es mit wenig Leistung zurück. Der Stress, in diesen Gruppen zu unterrichten, sei enorm. Die englischen Projektschulen registrieren aufmerksam, dass die leistungsstarken Schulen in Skandinavien grundsätzlich mit undifferenzierten leistungsgemischten Gruppen arbeiten.

Jedes Partnerland wird in diesem Jahr für jeweils eine Woche von ausländischen Unterrichtsexperten besucht. Sie wollen in die Klassen schauen, Schulleiter, Lehrer und Schüler interviewen, Beispiele für gute Praxis sammeln und Anhaltspunkte finden, die individualisierendes Lernen begünstigen oder hemmen. Im zweiten Projektjahr steht die Entwicklung von Modulen für die Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung auf dem Programm. Die Ergebnisse werden fortlaufend dokumentiert unter: www.eu-mail.info

WISSEN & BILDUNG

JÖRG FEUCK (BILDUNG): 0 69 / 21 99-34 61
KARL-HEINZ KARISCH (WISSEN): 0 69 / 21 99-36 83
ANSCHRIFT: Frankfurter Rundschau, Redaktion Wissen & Bildung, Gr. Eschenheimer Str. 16-18, 60313 Frankfurt am Main
TELEFAX: 0 69 / 21 99-32 48
E-MAIL: science@fr-aktuell.de

Und morgen in:

FR:PLUS POLITIK

Schattenwirtschaft: Jedes Jahr streicht die Organisierte Kriminalität weltweit etwa 500 Milliarden Euro Gewinn ein. Die Polizei scheint machtlos, der „Anti-Terror-Kampf“ genießt einfach eine höhere Priorität. Lichtblick: Die Frauen im pakistanischen Lahore legen allmählich ihre Burka ab und gewinnen an Terrain im Männer-Staat.

GOLIATH



INTERNET-TIPP

Diskriminierung am Arbeitsplatz: Wie wehrt man sich gegen Mobbing im Job, wie verhindert man Ausgrenzung von Kollegen? Und muss man nicht auch eigene Verhaltensweisen hinterfragen? Die Europäische Union hat zu dem Themenkomplex eine Fülle von Informationen und konkrete Tipps bereitgestellt. Die Unterlagen gibt es in elf Sprachen. www.stop-discrimination.info

